

(Abg. Brodauf.)

(A) ich das Gehör des Hauses nur sehr kurze Zeit in Anspruch nehmen werde.

(Zuruf rechts: Gott sei Dank!)

Die Stellungnahme zu der heutigen Interpellation hängt im wesentlichen davon ab, welche Haltung man zum Koalitionsrecht überhaupt einnimmt.

(Sehr richtig! links.)

Bei der Vorberatung des Antrages des Herrn Abg. Dr. Böhme auf Schutz der Arbeitswilligen und der entsprechenden Interpellation Bleher habe ich im Namen meiner politischen Freunde unsere Stellung zum Koalitionsrecht präzisiert. Ich bin wegen meiner damaligen Ausführungen mit lebhaften Angriffen von der sozialistischen Presse, die zum Teil von Herren hier in der Kammer bedient wird, bedacht worden. Es gehört aber eine ziemliche Portion üblen Willens und Verdrehungskunst dazu, wenn man aus meinen damaligen Ausführungen herauslesen will, daß ich für ein Zuchthausgesetz gegen die Arbeiter eingetreten wäre. Meine Rede hat mir damals auch die liebenswürdige Bezeichnung als „Zuchthausagent“ eingetragen, was vielleicht gleichzeitig eine Anspielung auf meinen Beruf sein sollte.

(B) Ausdrücklich habe ich im Namen meiner politischen Freunde betont, daß wir an dem Koalitionsrecht in keiner Weise gerüttelt wissen wollen und daß wir volle Parität gewahrt wissen wollen gegenüber den Arbeitgebern und Arbeitnehmern.

Was speziell das Recht zum Streikpostenstehen anlangt, um das es sich heute handelt, so habe ich nicht im geringsten Zweifel darüber gelassen, daß meine politischen Freunde und ich das Recht des Streikpostenstehens als ein ganz notwendiges Kampfmittel betrachten, so daß keine Rede davon sein kann, daß man das Streikpostenstehen verbieten soll. Auf der anderen Seite müßte man aber blind sein, wenn man nicht zugeben wollte, daß nicht tatsächlich von Arbeitern im wirtschaftlichen Kampfe Ausschreitungen begangen worden sind und nicht zum wenigsten von Streikposten. Fälle von Terrorismus auch auf Seiten von Streikposten lassen sich in keiner Weise wegleugnen. Ich habe damals schon angeführt, daß ich in meiner eigenen richterlichen Praxis hinreichend Erfahrungen darüber gesammelt habe. So viel Recht muß der Polizeibehörde eingeräumt werden, wirklich zu befürchtenden Ausschreitungen gegenüber vorbeugend aufzutreten. Die Fälle, die heute der Herr Minister des Innern angeführt hat, lassen erkennen, daß auch

in Blauen bei den letzten wirtschaftlichen Kämpfen solche Fälle von Terrorismus vorgekommen sind.

(Widerspruch links.)

Ich gebe ohne weiteres zu, daß das Material, welches der Herr Minister Graf Bisthum v. Eckstädt angeführt hat, seinem ganzen Umfange nach nicht besonders gewichtig ist, daß die Fälle nicht besonders erheblich sind bis auf einige, wo Gewalttätigkeiten vorliegen; jedenfalls aber können alle die Fälle in keiner Weise gebilligt werden.

Vorhin hat der Herr Abg. Niem gesagt, es dürfe uns nicht zugemutet werden, alles, was von der Regierung an Fällen vorgebracht werde, für bare Münze zu nehmen. Dann wollen wir auch Parität üben, dann dürfen (zu den Sozialdemokraten gewendet) Sie uns auch nicht zumuten, alles für bare Münze zu nehmen, was Sie an Fällen angeführt haben.

(Zuruf: Es sind gerichtliche Feststellungen!)

Ja, wir haben auch schon über gerichtliche Feststellungen von Ihnen Mitteilungen gehört, die dann doch nicht ganz dem wirklichen Sachverhalt entsprachen. Dann hatten Sie eben Ihre Mitteilungen aus Zeitungsberichten entnommen, die nicht immer objektiv die gerichtlichen Verhandlungen wiedergeben, wie Sie ebenso gut wissen wie ich selbst.

Also die Richtigkeit der von der Regierung angeführten Fälle vorausgesetzt, so wird man zugeben müssen, daß hier Ausschreitungen vorliegen. Aber die Richtigkeit der Fälle vorausgesetzt, die die äußerste Linke hier vorgebracht hat, muß man auf der anderen Seite auch zugeben, daß nicht alle Polizeiorgane in Blauen sich bei diesen wirtschaftlichen Kämpfen taktvoll verhalten haben.

(Sehr richtig!)

Ich will zum Schlusse kommen. Die Erklärung, die der Herr Minister des Innern über seine prinzipielle Stellung zu dem Rechte des Streikpostenstehens abgegeben hat, ist nach meinem Dafürhalten und nach Ansicht meiner politischen Freunde nicht zu beanstanden. Es muß aber verlangt werden, daß die Regierung mit allem Nachdruck darauf hält, daß die nachgeordneten Instanzen auch dieser prinzipiellen Auffassung des Herrn Ministers tatsächlich gerecht werden. Daran hat es noch so vielfach bei uns im Lande gefehlt.

(Bravo!)